

|   |  |  |
|---|--|--|
| <b>STELLUNGNAHME zur Anfrage</b><br>Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke)<br>Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)<br><br>vom: 06.05.2011<br>eingegangen: 06.05.2011 | Gremium:<br><br>Termin:<br>Vorlage Nr.:<br>TOP:<br><br>Verantwortlich: | <b>25. Plenarsitzung Gemeinderat</b><br><br><b>28.06.2011</b><br><b>773</b><br><b>27</b><br><b>öffentlich</b><br><b>Dez. 3</b> |
| <b>Armut im Alter in Karlsruhe</b>  |  |  |

Eine ähnliche Anfrage wurde bereits am 14.12.2009 von den Einzelstadträten gestellt und beantwortet. Nicht alle angeforderten Zahlen liegen der Stadtverwaltung vor, da sie bei anderen Stellen erfasst werden. Viele der Zahlen sind den Statistischen Jahrbüchern der Stadt zu entnehmen. Für die Beantwortung der Fragen wurden die Zahlen der Grundsicherungsempfänger im Alter und bei Erwerbsminderung herangezogen.

**1. Wie viele Karlsruher Rentner/-innen waren je in den Jahren 2007 bis 2010 in Mini-Jobs beschäftigt? (Bitte unterscheiden in Frauen, Männer)**

Es liegen lediglich Zahlen zum 31.12.2008 vor. Diese sind bereits in der Antwort auf die Anfrage vom 14.12.2009 enthalten. Weitere Auswertungen müssten bei der Minijobzentrale in Essen angefordert werden. Die Auswertungen sind kostenpflichtig.

**2. Wie viele davon bezogen je in diesen Jahren Grundsicherung im Alter? (Bitte unterscheiden in Frauen, Männer)**

Die Zahlen für Rentner, die in einem Minijob beschäftigt waren und Grundsicherung erhalten haben, liegen ab 2007 vor.

|      |             |
|------|-------------|
| 2007 | 32 Personen |
| 2008 | 36 Personen |
| 2009 | 40 Personen |
| 2010 | 47 Personen |

- 3. Wie viele Karlsruher Bürger/-innen haben je in den Jahren 2007 bis 2010 Grundsicherung im Alter bezogen? (Bitte unterscheiden in Frauen, Männer, Bürger/-innen mit Migrationshintergrund - von letzteren wieder Frauen und Männer)**

|      | Grundsicherungsempfänger/-innen gesamt | Männer | Frauen | Ausländer |
|------|--|--------|--------|-----------|
| 2007 | 3361                                   | 1454   | 1907   | 781       |
| 2008 | 3541                                   | 1991   | 1550   | 792       |
| 2009 | 3357                                   | 1848   | 1509   | 802       |
| 2010 | 3461                                   | 1561   | 1900   | 848       |

Von den 848 ausländischen Bürgerinnen und Bürgern über 65 Jahre, die 2010 Grundsicherungsleistungen bezogen haben, waren 345 Männer und 503 Frauen. Eine rückwirkende Auswertung vor 2010 ist für diese Daten derzeit nicht möglich.

- 4. Wie hat sich in den Jahren 2005 bis 2010 der Anteil dieses Personenkreises an der Karlsruher Gesamtbevölkerung entwickelt?**

Anteil der Grundsicherungsempfänger an der Gesamtbevölkerung

|      | Bevölkerungszahl | Grundsicherungsempfänger/-innen | In % |
|------|------------------|---------------------------------|------|
| 2005 | 275 049          | 1482                            | 0,53 |
| 2006 | 275 629          | 1841                            | 0,66 |
| 2007 | 278 047          | 3361                            | 1,21 |
| 2008 | 279 312          | 3541                            | 1,26 |
| 2009 | 280 327          | 3357                            | 1,19 |
| 2010 | 283 048          | 3461                            | 1,22 |

Die Zahlen für 2005/2006 sind nicht valid, da es durch die Umstellung zum 01.01.2005 zu erheblichen Problemen in der statistischen Erfassung kam, die erst im Lauf des Jahres 2006 gelöst werden konnten. Der Rückgang der Grundsicherungsempfänger/-

---

innen vom Jahr 2008 auf das Jahr 2009 hängt mit der Erhöhung des Wohngeldes zum 01.01.2009 zusammen.

Der prozentuale Anteil der Grundsicherungsempfänger/-innen an der Karlsruher Bevölkerung ist kein aussagekräftiger Wert, da die Bevölkerung in Karlsruhe aufgrund des Zuzugs insbesondere jüngerer Menschen steigt.

Die prozentuale Steigerung der Grundsicherungsempfänger/-innen entspricht ungefähr den Prognosen des Städtetages. 2008 stieg die Zahl um 5,3 %, 2009 sank sie durch die Wohngelderhöhung um 5,2 %, 2010 ist sie wieder um 3,1 % angestiegen.

**5. Wie groß ist der Ermessensspielraum der zuständigen Behörde, wenn ältere Bürger/-innen Grundsicherung beantragen?**

Das Sozialamt berechnet die Grundsicherung aufgrund der gesetzlichen Vorgaben. Liegt ein/-e Bürger/-in mit dem Einkommen und Vermögen über den gesetzlich festgelegten Grenzen, besteht keine Möglichkeit Grundsicherung zu gewähren.

**6. Wie hoch schätzt die Stadt Karlsruhe die Dunkelziffer derjenigen älteren Bürgerinnen und Bürger ein, die Grundsicherung beziehen könnten, dieses aber nicht tun, weil sie**

- a) nicht über Informationen oder Kompetenzen (z. B. sprachliche) verfügen
- b) sich nicht als „arm“ outen wollen
- c) dabei (personelle) Unterstützung bräuchten, bspw. um die erforderlichen Papiere auszufüllen, oder weil sie in der Mobilität, Sehfähigkeit usw. eingeschränkt sind?

Die Dunkelziffer der „verschämt armen Alten“ wird vom deutschen Städtetag seit Einführung der Grundsicherung als sehr gering eingeschätzt. Er geht von ca. 2 % der möglichen Anspruchsberechtigten aus. In Karlsruhe dürfte diese Zahl geringer ausfallen. Seit 2006 bietet die zuständige Abteilung des Sozialamtes Hausbesuche an. Sie berät ältere Menschen zu Hause und unterstützt sie, die Anträge korrekt auszufüllen. Ausländische Mitbürger werden von einer Vielzahl von Beratungsstellen informiert und unterstützt.

**7. Welche Möglichkeiten hat die Stadtverwaltung, diese Personenkreise zu erreichen?**

siehe 6

**8. Welche Unterstützungsmöglichkeiten stehen älteren Bürger/-innen mit unauskömmlicher Rente in Karlsruhe generell zur Verfügung?**

Die Bürgerinnen und Bürger können sich an das Sozialamt wenden und Grundsicherung beantragen.

**9. Was sind die Anforderungen an ältere Karlsruher Bürger/-innen mit unauskömmlicher Rente, um an die relevanten Informationen gelangen zu können, um Beratung und Hilfe zu erhalten?**

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich in irgendeiner Form an das Sozialamt wenden. Das Sozialamt geht auch Hinweisen von Angehörigen, Nachbarn, Freunden etc. nach und bietet ein Gespräch an.

**10. Wie hat sich das Angebot an altersgerechtem Wohnraum mit niedrigen Mietpreisen in Karlsruhe seit 2005 entwickelt?**

Zum Angebot an altersgerechtem Wohnraum liegen keine konkreten Zahlen vor.

**11. Welchen Bedarf sieht die Stadtverwaltung an altersgerechten Wohnungen zu niedrigen Mietpreisen in Karlsruhe?**

Der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum wird grundsätzlich steigen, der Bedarf an Wohnraum zu günstigen Mietpreisen im gleichen Verhältnis wie die Zahl der Grundsicherungsempfänger/-innen.

---

**12. Hat die Stadtverwaltung Kenntnisse über die Wohnsituation, die Lebensqualität der Wohnungen, in denen in Karlsruhe ältere Bürger/-innen mit Grundsicherungsbezug wohnen (müssen)?**

Eine große Zahl der Karlsruher Bürger/-innen im Grundsicherungsbezug lebt in Wohnungen der Karlsruher Wohnungsbaugesellschaften z. B. VOLKSWOHNUNG, Hartwaldsiedlung, Mieter- und Bauverein etc. Es handelt sich um einfache, aber gute Standards.

**13. Wenn nicht, was wäre erforderlich, um dies zu ändern?**

Weitere Informationen über die Wohnsituation von Grundsicherungsempfängern und Grundsicherungsempfängerinnen kann nur eine Befragung auf freiwilliger Basis ergeben. Zuvor muss geklärt werden, ob dies datenschutzrechtlich unbedenklich ist.

**14. Welche Hilfsmöglichkeiten hat die Stadt, wenn ältere Bürger/-innen mit Bezug von Grundsicherung oder sehr geringer Rente in Wohnungen wohnen, die für sie vom**

- **gesundheitlichen Status**
- **fehlenden altersgerechten Zuschnitt und Ausstattung**
- **nicht mehr tragbarer Miete (etwa nach Mieterhöhung[en])**
- **zu großer Entfernung zu Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs eigentlich nicht mehr zumutbar sind?**

Das Sozialamt berät gemeinsam mit der Seniorenfachberatung und unterstützt die Bürger/-innen bei der Wohnungssuche und dem Umzug. Umzüge aufgrund Mieterhöhungen kommen praktisch nicht vor, das Sozialamt erkennt die Mieten älterer Menschen in großzügigerem Umfang an.